Saar-Zeitung

Organ der Zentrumspartei für Stadt und Land des Saargaues.

Vierteljährlicher Bezugspreis: Durch unsere Agenten 3.— Mk. Mit der Post bezogen 3.6— Mk. Zeitungsgebühr: Die 8gespaltene mm-Zeile 40 mm breit, 450 Mk. Die 38 mm breite Reklamezeile 1.— Mk. Bei Wiederholungen entsprechender Rabatt.

Nr. 55
31. Jahrgang.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen nehmen an alle Postanstalten. — Im Saargebiete die Geschäftsstelle: Gefängnisstraße Nr. 6. — Telegramm-Adresse: Saar-Zeitung. — Fernsprecher: Expedition Nr. 1. Redaktion Nr. 82. Postscheck 89.

Zur Lage.

Wieder einmal steht unsere Bevölkerung vor der wichtigen Tatsache, daß sie nicht mehr in der Lage ist, den Zahlungen nachzukommen, die sie bis zum Januar bei Deutschland für den Ersatz 15½ Millionen Goldmark, das 1½ Millionen Papiermark als Entschädigung bezahlte — die große Zahlung hat in diesem Monat Tatsachen erschüttert und bei Leistungen, — alles schien trotzdem nicht zu bewegen — unglaublich gleich einer Hochwasserkatastrophe Tatsachen über unser Land ergossen, deren ungeheuren Folgen man bis heute noch garnicht übersehen kann — jedenfalls sind bedenkliche Zeichen für die Lage unseres Reiches, in allen Teilen gärt und brodelt, überall und in allen Gebieten Streiks ausbrechen, unerschwingliche Lebensmittelpreise bezahlt werden, und unsere Arbeiter und Angestellten sich in einer dauernden Lohnbewegung befinden, Sozialgerichte mit der Kurs des Dollar in die Höhe (die vorgestrige Meldung 259,50) und als ersten Begleiter beschreibt auch der Frank eine steile Kurve nach oben. — Das Straßenbild unserer Saargebietsstädte und -Dörfchen ändert sich dadurch mit einem Schlag. Spannung und aufregende Erwartung liegt man auf den Gesichtern der aus allen möglichen und unmöglichen Gegenden herbeigeeilten Käufer, die nun von Haus zu Haus ziehen, um möglichst preiswert die französischen Geld umzuwechseln, und von dort ein Geschäft nach dem anderen mit ihrem gesamten Geldbestand heimsuchen. Bald werden wir — wenn nicht die Geschäftsleute energisch dagegen Front machen — wieder so weit sein, wie vor Monaten, so große Käufer die Werten aus dem Saargebiet verschwinden und die einheimische Bevölkerung das Nachsehen hatte. — Doch das sind keine Sorgen im Vergleich zu dem, was die leitenden Männer unseres Reiches in diesen Tagen auf ihren verantwortlichen Schultern zu tragen haben. — Wie heute bei unsere Regierung noch keine Antwort von Wiederherstellungsausschuß auf die deutschen Vorschläge vom 20. Januar, daß so lauft in der Tonart bezüglich vorläufiger Zahlungsaufschub noch weiter und vermutlich die Regierung dazu zu Konzessionen, die in allen Folgen für das deutsche Wirtschaftsleben geradezu katastrophal sind. Nur über den Sachleistungsabkommen ist in Berlin mit einer Abordnung des Wiederherstellungsausschusses verhandelt worden; diese sollen im laufenden Jahr für den Krieg von insgesamt 4450 Millionen Goldmark geleistet werden, davon 350 Millionen auf dem Wiesbadener Abkommen auf Frankreich und 100 Millionen auf Belgien, Serbien und Italien entfallen. (R. B.). Jedenfalls bringt die Zeit zu der Klärung einer anderen wichtigen Frage, ob der Steuerkompromiß, das jetzt volle Maßgeben sind nun bereits nach dem Beschluß des Kompromisses vorgegangen, und noch ist man sich nicht klar darüber, wie das alles verwirklicht werden soll und wie sich die führenden Köpfe in Berlin dazu stellen, Und da herrschen große Meinungsverschiedenheiten. Für die Partei gilt die Parole: Entweder Zwangsanleihe oder Zwangsangriff. Mitglieder der Deutschen Volkspartei, der Deutschnationalen und des Zentrums brachten einen gemeinsamen Antrag ein, wonach ein Teil der landwirtschaftlichen Grundbesitzer von der Umlagesteuer befreit bleiben soll, Zudem sollten sich auch die Sozialdemokraten Kreise erweitert, Kompromiß zu verlangen; sie forderten dieselben Rechte auch für die sozialdemokratischen Kraftwagenbesitzer. — Beide Anträge fielen unter den Tisch, weil sie das Steuerkompromiß hätt geschädigt.

Es wird nun auch von allgemeinem Interesse sein zu erfahren, wie die geplante Zwangsanleihe gedacht ist. Der Reichsfinanzminister Dr. Hermes hat ein Programm für die Zwangsanleihe entwickelt, dem wir nachfolgendes entnehmen: Die Grundlage zur Erhebung der Zwangsanleihe soll nicht die Einschätzung zum Reichsnotopfer sein, sondern der Vermögensbestand vom 31. Dezember 1922. Die durchschnittliche Vermögensbelastung soll etwa 5 % betragen. Von der Zwangsanleihe sollen Vermögen von etwa 250 000 Mark befreit sein und solche Personen, deren Einkommen weniger als etwa 30 000 Mark im Jahr beträgt, für die Abgabe ist je nach der Größe des Vermögens eine Staffelung von 1 bis 10 % vorgesehen. Die Abgabe von 10 % soll bei einem Vermögen über fünf Millionen Mark eintreten. Wenn die Erhebung der Zwangsanleihe nach der Einschätzung zur Vermögenssteuer vom 31. Dezember 1922 erfolgen, so würden rund rich die Beträge erst im Sommer 1923 eingehen. Deshalb sollen besondere Vorschüsse für eine bestimmte Vorauszahlung erfassen werden, die auf der Grundlage einer vorläufigen Selbsteinschätzung erfolgen sollen. Der Reichsfinanzminister beabsichtigt, für Einzahlungen, die vor dem 1. Juli 1923 erfolgen, Prämien auszusetzen, dagegen für solche, die erst nach dem 1. Oktober 1923 geleistet werden, Zuschläge zu erheben. Wenn die Vermögensabgabe bei Personen und Unternehmungen schwer belastet sein soll, sollen die Vorleistungen auf Grund der Reichsnotopfereinschätzung erfolgen. In dem Umfange soll auch der Zinsfuß festgesetzt werden, der noch den jetzigen ersten drei Jahren gezahlt werden soll.

Während sich so die Regierung in Berlin den Kopf zerbricht über den zweiten Monat zur unsere leidende Lage und während es im Volke gärt und jeder Augenblick neue Unruhen bringen kann, nähert sich mit Riesenschritten die „Konferenz von Genua". Mit wenig Hoffnungen werden unsere Vertreter den schweren Gang nach Italien machen, es wird für sie ein neuer Leidensweg sein und unser armes Volk wird eine neue Hoffnung zu Grabe tragen können. Denn auch auf dieser allgemeinen Zusammenkunft der Sieger- und Besiegten wird es nicht zu der politischen Entspannung kommen, deren wir alle bedürfen und deren wir alle bedürfen.

—r.

Ein Moratorium für 2 Monate.

Lloyd George nimmt Urlaub.

Genf, 6. März. „Echo de Paris" meldet: In der Sitzung der Reparationskommission am letzten Freitag wurden die vierteljährigen Zahlungen Deutschlands bis Ende März abgesetzt, während um 1. April eine zweimonatige Pause (Moratorium) für die weiteren Zahlungen Deutschlands eintritt. Ferner wurde das neue Abkommen mit Deutschland über die Einführung direkter Lieferungen genehmigt. Die weitere Entscheidung liegt jetzt bei den Finanzministern der alliierten Staaten.

WTB. London, 6. März. Chamberlain teilte heute unbestimmt im Unterhause mit, daß Lloyd George wegen einer starken Erkältung an seine Wohnung gefesselt sei. Der Blätter melden, Lloyd George leide an Bronchitis und sei daher nicht in der Lage gewesen, an der heute vermutlich stattgehabten Kabinettssitzung teilzunehmen. Er habe auf ärztliches Geraten hin beschlossen, einen sofortigen Erholungsurlaub anzutreten und werde sich entweder morgen oder spätestens Mittwoch nach Criccieth begeben.

Besprechungen mit Lloyd George. — Noch immer kein Abkommen.

WTB. London, 6. März. Lloyd George ist zu seinem von Ekzemen nach Tonningstedt zurückgekehrt. Nach auf seiner Ankunft empfing er Lord Birkenhead und Chamberlain, mit denen er eine einstündige Besprechung hatte. Gestern abend sprach der Ministerpräsident eine Reihe seiner konservativen Kollegen in der Regierung bei einem Essen der Lord Birkenhead. Anwesend waren Chamberlain, Curzon, Balfour, Horne und Worthington.

WTB. London, 6. März. Der Daily Chronicle bezeichnet die Lage als noch ernst. Der Ministerrat ist für heute einberufen. Im Falle des Rücktritts Lloyd George werde zunächst Chamberlain für die Führung des Kabinetts in Betracht kommen.

WTB. London, 6. März. Der Berichterstatter der Morning Post berichtet, in ministeriellen Kreisen habe gestern abend die Ansicht vorgeherrscht, daß Lloyd George sich bereit erklärt habe, noch für einige Zeit in Amte zu bleiben, und daß die Krise zum wenigstens für den Augenblick vorüber sei. Man frage sich, welche weiteren Fortschritten Chamberlain wohl Lloyd George habe gegen dessen.

WTB. London, 6. März. Der politische Berichterstatter der Westminster Gazette schreibt, die politische Atmosphäre müsse als gespannt bezeichnet werden. Es handle sich um die Frage, ob Lloyd George dem Parlament die Garantie geben könne, die es verlangt habe. Es wird angenommen, daß Lloyd George zurücktreten wird, und daß alle konstitutionellen Kräfte aus den aus der Regierung treten werden. Das wird die neue Regierung in eine ungemeinhin lage bringen, es wird notig werden, jeden Ministerposten wieder zu besetzen, und eine Anzahl Konsulate vorzusehen.

WTB. London, 6. März. Der Vorsitzende des Verbandes der Maschinen-Industrie-Arbeiter Barbert Lloyd George dringend auf, die von ihnen Samstag beschlossene Aussperrung in der Maschinenindustrie zu verhindern, und erklärt, es würden eine Million Gewerkschaftler betroffen und die Arbeitslosigkeit noch größer werden. Die Aussperrung werde auch andere Industriezweige in Mitleidenschaft ziehen. Der Streit zwischen Lloyd George und Hanigan ist weniger bedeutungsvoll als diese Gefahr.

Die deutschen Sachleistungen. — System Bemelmans oder Wiesbaden oder Abkommen?

Paris, 6. März. Die Frage, ob es im französischen Interesse liegt, das System Bemelmans (das jetzt, die jüngst in Berlin von einer Abordnung des Wiederherstellungsausschusses unter Führung des belgischen Mitglieds Bemelmans getroffenen Abmachungen, aber die jetzt der Wiederherstellungsausschuß zu entscheiden hat) für die Lieferungen für den Wiederaufbau anzunehmen und die Bestimmungen des Wiesbadener Abkommens fallen zu lassen, beschäftigt immer mehr die öffentliche Meinung in Frankreich. Das Petit Journal, das dem ehemaligen Minister Loucheur nahesteht, tritt heute vermittlung dafür ein, Frankreich solle bei dem Wiesbadener Abkommen bleiben und unter keinen Umständen den Entwurf Bemelmans annehmen. Das Blatt sagt: Wenn dieses neue System den französischen Interessen günstiger wäre als das von Wiesbaden, würden wir nichts zu sagen haben. Aber der Wiederherstellungsausschuß kann die Frage nicht entscheiden, denn er ist nicht dazu berufen, die französischen Interessen zu verteidigen. Vier Fünftel seiner Mitglieder und Sachverständigen sind nicht französisch. Eine größere Angst kommt ihnen, die eine hohe Stellung einnimmt, für ein persönliches Interesse haben, daß das Abkommen von Wiesbaden zum alten Eisen geworfen wird. Also haben die Franzosen keine Verantwortung, das System Bemelmans zu verteidigen, um so mehr, als es nur ein Land gibt, das dieses Sofern nicht annehmen soll, nämlich Frankreich. Die Verteidiger des Bemelmansschen Entwurfs sagen zum zwei Vorteile nach: den substitutiven Charakter der Lieferungen und die Zahlung zu Preisen des freien Handelsverkehrs. Auch das Abkommen von Wiesbaden lasse den Geschädigten vollkommen Freiheit, da zu bestellen, wo sie bestellen wollten, und stelle auch bei der Preisberechnung die Freiheit nicht schlechter.

Diese Beweisführung dürfte wohl kaum in Frankreich allgemeinen Anklang finden. Was aber bedenklich ist, ist die Klage des Blattes, daß nicht endlich Klarheit geschaffen wird, ob das Abkommen von Wiesbaden in Kraft treten soll oder nicht. Das Blatt stellt abgesehen in bemerkenswerter Weise fest, daß die deutsche Regierung zur Ausführung des Abkommens schon längst bereit sei. Weiter stellt das Blatt die seltsame Frage, ob die französischen Vertreter im Wiederherstellungsausschuß eine französische Politik verteidigt hätten und ob sie vollkommen Einverständnis mit der Regierung arbeiten, deren Vertreter sie seien.

Die Diskrete sagt, das Abkommen von Berlin sei in einigen Punkten besser als das Abkommen von Wiesbaden, aber auch in einigen schlechter. Das Blatt bekennt, es habe immer erklärt, daß das Wiesbadener System sei, daß aber immer die Hauptbestimmungen, also die Geschädigten, das letzte Urteil haben sollen. Die deutsche Presse erhebe sich schon gegen die Sachlieferungen in derselben Weise, wie sie gegen die Geldzahlungen sich erhoben habe. Auf der rechten Seite erkläre man, es bestehe kein Unterschied zwischen den Naturalleistungen und Geldzahlungen. Das eine sei so schlecht wie das andere. Bei den Sozialdemokraten vertrete man, daß die deutsche Arbeit gretis an die Verbündeten gebe, d. h., daß der Arbeiter einzelnes seines Lohnes beraubt werde. Es gebe ein Mittel, um zu dem Ergebnis zu gelangen, daß Deutschland zahle und zwischen nichts entbehren solle. Da aber Deutschland nichts entbehren wolle, wie es auch nicht für den Feind zu arbeiten gedenke, dieses sich die Schwierigkeit nicht, ob man das Abkommen von Berlin oder das Abkommen von Wiesbaden oder den Friedensvertrag von Versailles in Betracht ziehe.

Ein Programm für die Konferenz von Genua.

WTB. Paris, 6. März. Der Bericht der interministeriellen Kommission, die gemeinsam mit Vertretern aus Industrie, Finanz und Handel ein Programm für die Konferenz von Genua unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Poincaré ausgearbeitet hatte, ist beendet. Nach dem Muster dieser den Hauptgegenstand der Beratung die russische Frage. Die französischen Sachverständigen verlangen von den Bolschewisten nicht eine vollständige Umwandlung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Gesetze, sie seien vielmehr der Ansicht, daß ein Gesetz langfristiger Verträge jedem Kapitalisten eine Garantie gebe, ohne die jedwedwirtschaftliche Wiederherstellung in Gefahr zu bringen. Außerdem solle den Gläubigern der Kapitulationen erlaubt werden, sondern eine gemischte Kommission, zusammengesetzt aus Russen und Ausländern, die auch die gleichen Vorteile bieten wie Genua. Was die praktische Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen anbetrifft, so glaubten die französischen Sachverständigen, man müsse sie praktisch und progressiv gestalten und mit den Gegenden beginnen, von denen die Ausfuhr der Rohmaterialien am leichtesten nur sich geben könne. Man schätzt hier eine Maßnahme vor, die vorsehen der sofortigen Anerkennung Rußlands, wie sie die Engländer wünschten, und der wirtschaftlichen und finanziellen Wiederherstellung, die Frankreich wolle, die Mitte hält.

Weitere Schiebungen.

WTB. Paris, 6. März. Der londoner Berichterstatter der Chicago Tribune behauptet, in englischen amtlichen Kreisen werde erklärt, daß der italienische Außenminister Schanzer England und Frankreich bereits offiziell mitgeteilt habe, daß die Abhaltung der Konferenz von Genua in der Karwoche unerwünscht sei. Es sei deshalb mehr als wahrscheinlich, daß die Konferenz bis frühestens 18. April aufgeschoben wird.

Abbruch der französisch-spanischen Zollverhandlungen.

WTB. Paris, 6. März. Der Madrider Korrespondent des Temps berichtet, daß die spanischen Verhandlungen den möglichen Abbruch der französisch-spanischen Verhandlungen über die Zölle bestehen. Die Blätter weisen Frankreich Intransigenz vor, man habe Zeitlich an der Möglichkeit, zu einer Grundlage für ein Abkommen zu gelangen, jedenfalls seien die Beschwerdegründe unterdrücken.

Fiume

WTB. Rom, 6. März. Aus Fiume wird gemeldet, daß es infolge der Zurückhaltung der italienischen Offiziere, Marinesen und Carabinieri möglich zu werden sei, ein Blutbad zu vermeiden. Es fanden nur kleine Gefechte statt. Zuzüge und Munition, die das Regierungsgebiet bisher nach nicht erhalten hätten, wurden bewaffnet unter italienischer Bedeckung nach Pola abreisen.

Die Zentrumspartei und die Schulfrage im Saargebiet.

Vom Generalsekretariat der Zentrumspartei wird uns mitgeteilt:

Der Parteiausschuß der Zentrumspartei des Saargebietes befaßte sich in einer am Sonntag, den 5. März stattgefundenen Versammlung mit der Schulfrage und faßte folgende Entschließung.

„Die Zentrumspartei betrachtet die französischen Volksschulen im Saargebiet, insofern dieselben laut Verfügung der Regierungskommission vom 10. 7. 1920 auch von deutschen Kindern besucht werden dürfen, rein religiösen, erzieherischen und nationalen Standpunkt aus als ein großes Unglück und Unrecht gegen die christliche und deutsche Saarbevölkerung und ihre Kinder.

Gemäß § 14 des Abschnittes 4 des Versailler Vertrages können diese Schulen als Nebenanlagen der Gruben nur für die Kinder des Personals der Bergverwaltung errichtet werden. Deshalb können deutsche Kinder in diesen Schulen gemäß ihrer gesetzlichen Schulpflicht genügen. Daher verlangen wir die Aufhebung der Verfügung vom 10. 7. 20 und besserer auf der Erhaltung der konfessionellen deutschen Volksschulen und der Erstellung der Schulpflicht unseelen der deutschen Kinder nur in diesen Schulen.

Die Zentrumspartei richtet an die Eltern und Erziehungsberechtigten die dringende Bitte, ihre Kinder in die deutsche konfessionelle Volksschule, deren Erhaltung einer der wichtigsten Programmpunkte der Zentrumspartei ist, und nicht in die französischen Schulen zu schicken, und bittet alle Pfarrer, besonders Lehrer und Geistliche, in dieser Beziehung aufklärend zu wirken und die sehr gewissenhaften Versprechungen, wie sie Kinder nach Besuch der französischen Schulen im Saargebiet besser Lebensstellungen gewinnen könnten, unter Berücksichtigung der entgegenstehenden großen Nachteile auf ihren wahren Wert zurückzuführen. Wenn den Eltern, die ihre Kinder in die französischen Schulen schicken, in Aussicht gestellt wird: „Die Ausbildung in den Elementarschulen in den französischen Schulen steht auf derselben Stufe wie in einer deutschen Schule", so bemerken schon die Sonderpläne beider Schulen die vollständige Unwahrheit dieser Behauptung. Da der gesamte Unterricht in französischer Sprache erteilt bezügl. zu erteilen versucht wird, so deutsche Lesen und Schreiben, Aufsatz und Rechnen im Umfang der deutschen Schule fehlen, so ergeben sich für die Ausbildung des Kindes und seine Verwendung für später sehr erhebliche Mängel, die auch nicht im entferntesten durch die halbe oder selbst ganze Kenntnis des Französischen ausgewogen werden können.

Die für Ostern d. J. vorzeitige Einführung des wahlfreien französischen Unterrichts in den Unterrichtsplan bedeutet eine Änderung der bestehenden Schulgesetze und hätte gemäß Friedensvertrag den gewählten Vertretern der Bevölkerung zur Beschlußfassung vorgelegt werden müssen. Gegen diese Unterlassung legt die Zentrumspartei Verwahrung ein.

Der von der Volksschule zu bewältigende Lehrstoff dulden die Einführung des französischen Unterrichts nicht, wenn auch nur in wahlfreier Form. Wir lehnen daher die Einführung des wahlfreien französischen Unterrichts in den Unterrichtsplan der Volksschule ab.

Gegen die Erteilung eines wahlfreien französischen Unterrichtes außerhalb des Unterrichtsplanes der Volksschule würden wir nichts einzuwenden haben.

Die Zentrumspartei fordert alle ihre Anhänger, besonders die Eltern und Erziehungsberechtigten, eindringlich auf, der religiösen, sittlichen und deutschen Erziehung ihrer Kinder die größte Aufmerksamkeit zu widmen und dieselbe auf in unsern alten und guten konfessionellen deutschen Volksschulen unter Beachtung unserer heiligen Kulturrechte vollziehen zu lassen."

Vom Generalsekretariat der Zentrumspartei wird uns weiter geschrieben:

Die neue Steuervorlage der Regierung.

In der oben angeführten Sitzung des Parteiausschusses der Zentrumspartei des Saargebietes kam auch die neue Steuervorlage der Regierungskommission zur Sprache. Diese Vorlage ist den Kreisingen zur Begutachtung zugegangen.

Vom Wohle des Saargebietes, so lautet die allgemeine Ansicht, ist durchaus nicht damit gedient, daß die Regierung eine Vorlage einbringt, ehe sie ein besseres Verhältnis zwischen ihr und der Bevölkerung herbeigeführt hat. Die Zentrumspartei gibt der Erwartung Ausdruck, daß diese wichtige Vorlage zurückgestellt wird, bis von der Partei gewählten Vertretern die Möglichkeit einer fruchtbaren Mitwirkung gegeben ist. Ein aufschlußreiches Zusammenarbeiten zum Wohle des Saargebietes wünscht die Zentrumspartei.

Die Zentrumspartei faßt den Beschluß, ihren Vertretern in den verschiedenen Körperschaften zu empfehlen, die Begutachtung der vorliegenden Steuervorlage abzulehnen.